Ausgehend von einem Streit um die Ausschreibung von sechs vakanten VWL-Lehrstühlen an der Hochburg der ordoliberalen Wirtschaftspolitik, der Universität Köln, gab es einen Sturm einiger Emeriti, die das Erbe des eigentlichen Begründers der „sozialen Marktwirtschaft", Alfred Müller-Armack, bewahren wollen. Die neoklassischen Siegelwahrer Willeke, Willgerodt und Wartrin wehrten sich dagegen, dass sechs Lehrstühle im Paket ausgeschrieben wurden, um junge, an der internationalen Forschungsfront ausgewiesene Wirtschaftswissenschaftler für einen Forschungsschwerpunkt zur Makroökonomie zu gewinnen. Dem Protest schlossen sich nun laut FAZ vom 27. April 2009 83 Professoren für Volkswirtschaftslehre mit einem Aufruf „Rettet die Wirtschaftspolitik an den Universitäten!" (der Entwurf stammt von Renate Ohr und wurde in wiwo abgedruckt. Unter den Unterzeichnern finden sich den NachDenkSeiten-Leserinnen und –Lesern so bekannte Namen wie Peter Oberender, Bernd Raffelhüschen, Joachim Starbatty, Ulrich van Suntum oder Roland Vaubel. Wolfgang Lieb

Peter Oberender, 2007 in den Ruhestand verabschiedeter früherer Lehrstuhlinhaber für Wirtschaftstheorie an der Universität Bayreuth, gehörte zu den radikalsten Propagandisten einer völligen Privatisierung der Krankenversicherung mit alters- und risikoabhängigen Beiträgen. Darüber hinaus setzt er sich für einen freien Markt für Körperorganspenden ein.

Oberender und andere Mitunterzeichner wie Norbert Berthold, Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg, Professor Wim Kösters, Inhaber des Lehrstuhls für Theoretische Volkswirtschaftslehre an der Ruhr-Universität Bochum Professor Wolf Schäfer, ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für theoretische Volkswirtschaftslehre an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg (Universität der Bundeswehr) oder Roland Vaubel, Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre der Universität Mannheim publizieren in einem sog. „ordnungspolitischen Blog ´Wirtschaftliche Freiheit`. Um den Freiheitsbegriff dieser Gruppe einmal genauer zu studieren, sollte man sich z.B. einen dort abgedruckten Aufsatz von Roland Vaubel zu Gemüte führen:

Vaubel schlug dort ernsthaft vor, bei staatlichen Haushaltsentscheidungen ein Quorum einzuführen, das an der Steuerbelastung festgemacht wird. Zum Schutz der *„Leistungselite"* könne man auch ein Zwei-Kammer-System einführen und diejenigen, die die Hauptlast der (direkten) Besteuerung tragen, eine der beiden Kammern wählen lassen. Sogar die Wiedereinführung eines Mehrklassenwahlrechts hält er für sinnvoll.

Bernd Raffelhüschen ist den NachDenkSeiten-Leserinnen und –Lesern bekannt als wissenschaftliches Sturmgeschütz der Versicherungswirtschaft zur Einführung der Riester-Rente und der Privatisierung der Pflegeversicherung.

Joachim Starbatty ist Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft soziale Marktwirtschaft. Die eher mittelständische Lobbyorganisation tritt für *„den Schutz und die Förderung des Privateigentums, die Entscheidungsfreiheit des Unternehmers und den Leistungswettbewerb als Grundlage einer gerechten Gesellschaft ein.“*

Ulrich van Suntum ist *„Botschafter“* der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM). Er hat etwa in seinem *„Masterplan für Deutschland“* eine volkswirtschaftliche Zukunft ohne Sozialversicherungen und mit nur noch minimaler staatlicher Daseinsvorsorge vorgeschlagen, er war Ratgeber für das Bertelsmann-Standort-Ranking und sang in der FAZ ein Klagelied über die armen, bedauernswerten Reichen in der Gesellschaft.

Überraschend ist allerdings, dass sich auf der Liste auch als eher unabhängigere Ökonomen bekannt gewordene Wissenschaftler, wie Bruno S. Frey und sogar der Keynesianer Rudolf Hickel auftauchen. Ob sie nicht gewusst haben, in welchem ideologischen Umfeld und unter welchen wirtschaftspolitischen Dogmatikern sie sich da mit ihrer Unterschrift bewegen?

Der Grund könnte darin liegen, dass der Aufruf die Überschrift trägt: *„Rettet die Wirtschaftspolitik an den Universitäten“*. Dem kann man gewiss zustimmen. Denn in der Tat haben sich an den wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten mehr und mehr Ökonomen breit gemacht, die mit theoretischen Modellen und mathematischen Methoden *„Glasperlenspiele namens allgemeine Gleichgewichtstheorie“* (Flassbeck/Spiecker, in: Das Ende der Massenarbeitslosigkeit [PDF – 105 KB]) betreiben, statt sich mit den wirtschaftlichen Realitäten oder mit dem tatsächlichen Verhalten der Wirtschaftssubjekte zu beschäftigen. Geschweige denn, dass sie in ihrer Mehrheit irgendetwas zur Lösung aktueller Probleme unserer Volkswirtschaft oder zum Verständnis der Dynamik der Wirtschaft beigetragen hätten. Vielfach handelt es sich bei den derzeit *„modernen“* Ökonomen eher um Vertreter einer angewandten Mathematik als um Volkswirte mit einem Fundament in ökonomischer Theorie. Eine komplexe Welt wurde mit immer komplexeren, aber eben doch nicht hinreichend komplexen Modellen zu erklären versucht. Die Gutachten des Sachverständigenrats z.B. wurden immer dickleibiger und basierten auf immer mehr Rechenmodellen, doch die wirtschaftspolitischen Aussagen wurden immer dünner und enthielten bloß immer mehr vom Gleichen. Die mathematischen Modelle konnten noch so ausgefeilt sein, im Regelfall sind die Schlussfolgerungen in den neoklassischen Gleichgewichtsannahmen schon enthalten. Und so entsprachen die politischen Ratschläge fast immer denen der Ordoliberalen.

Es ist in der Tat so, wie auch Heribert Prantl in seinem Buch *„Kein schöner Land“* beklagt hat, nämlich dass es in Deutschland immer weniger volkswirtschaftliche Lehrstühle gibt, vor allem kaum noch solche mit staatswissenschaftlicher und empirischer Orientierung. Die

neoklassische Ökonomie wurde in Deutschland nicht nur zur vorherrschenden, sondern zur *„allein herrschenden Lehre“* (Prantl). Es hat ein Bedeutungsverlust der Makroökonomie zugunsten von Mikroökonomie und Betriebswirtschafslehre und die Verdrängung von Neokeynesianern durch die angebotsorientierte Neoklassik stattgefunden.

Der herrschenden Volkswirtschaftslehre in Deutschland liegt darüber hinaus bei fast allen politisch relevanten Themen eine einzelwirtschaftliche Sichtweise zugrunde. So wurde seit Jahren die Meinung vertreten, dass die Arbeit gegenüber dem Produktionsfaktor Arbeit zu teuer sei und deswegen die Löhne gesenkt werden müssten, dass die Löhne und der Arbeitsmarkt zu unflexibel seien.

Albrecht Müller hat sich schon 2004 in seinem Buch *„Die Reformlüge“* an 40 Denkfehlern, Mythen und Legenden der herrschenden Lehre abgearbeitet und ihr Scheitern belegt bzw. vorhergesagt. Seit dreißig Jahren hören wir von der vorherrschenden ökonomischen Lehre immer und immer wieder: Die Löhne und die Lohnnebenkosten seien zu hoch, Arbeit müsse billiger werden, der Mindestlohn sei des Teufels und der Arbeitsmarkt zu unflexibel, wir müssten länger arbeiten, der Kündigungsschutz müsse weg; der Sozialstaat sei überdehnt und zu teuer; wir seien überschuldet und wer spare baue Schulden ab; Steuersenkungen schafften Investitionen und Arbeitsplätze; Deregulierung und Privatisierung sorgten für Effizienz; der Staat solle sich aus der Wirtschaft heraushalten und staatliche Konjunkturprogramme seien nur *„Strohfeuer“* und brächten nichts. Und vor allem bräuchten wir immer neue *„Reformen“*und eine immer höhere Reformdosis. Ginge es nur um die einseitige Universitätslehre, so könnte man das als bedauerlichen Betriebsunfall abtun, aber die die Medien und vor allem die Politik haben diese eindimensionale ökonomische Sichtweise, gerade weil sie so schlicht ist, nicht nur nachgeplappert, sondern auch so gehandelt. Über die Ergebnisse haben wir berichtet.

Bemerkenswert viele der Unterzeichner (Backhaus, Berthold, Blum, Cesar, Cassel, Dickertmann, Eickhof, Folkers, Franke, Henke, Homburg, Jaeger, Klump, Knieps, Kruse, Mantzavinos, Neumärker, Oberender, Ohr, Petersen, Pies, Raffelhüschen, Schäfer, Schnabel, Schüller, Schneider, Seidl, Starbatty, van Suntum, Theurl, Vanberg, Vaubel, Wegner) haben im Jahre 2005 auch den sog. *„Hamburger Appell“* unterzeichnet, der damals die Position vertrat, die Wirtschaftspolitik könne auf Dauer keinerlei positiven Einfluss auf die kurzfristige gesamtwirtschaftliche Entwicklung ausüben. Mit diesem Aufruf leisteten sie darüber hinaus ziemlich plumpe Wahlkampfhilfe für die konservativen Parteien.

Der Aufruf der Ordoliberalen richtet sich zwar konkret gegen die Vertreter der *„Kunstfertigkeit in der Ableitung logischer Schlussfolgerungen … von begrenztem Nutzen, wenn es darum geht, Realität zu verstehen und zu beurteilen“*. Dass aber nun gerade ganz

überwiegend Vertreter eines durch und durch wirtschaftsliberalen Weltbildes den Untergang der *„Wirtschaftspolitik“ an* den Universitäten beklagen, dürfte ganz andere Gründe haben. Die Vertreter dieser ordoliberalen Schule, für die jeder Eingriff in den Markt als Eingriff in die Freiheit des Einzelnen gilt, erleben angesichts der Katastrophe der deregulierten Finanzmärkte und der tiefsten Wirtschaftskrise seit Menschengedenken ihre größte Niederlage seit den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts. Für die meisten der Unterzeichner ist es sozusagen der Aufruf zum letzten Gefecht der neoklassischen Schule.

Dass z.B. mit Rudolf Hickel auch Vertreter des Neokeynesianismus sich diesem Aufruf angeschlossen haben, ist mir nicht nachvollziehbar, haben doch die Unterzeichner in ihrer großen Mehrheit in den letzten Jahrzehnten dazu beigetragen, die nachfrageorientierte Volkswirtschaftslehre von der wissenschaftlichen Landkarte praktisch auszulöschen. Rudolf Hickel von der Universität Bremen müsste das doch selbst leidvoll erfahren haben.